

EDITORIAL

Der Kammolch als Sündenbock

Polemik statt sachlicher Argumente: Wieder und wieder muss der Kammolch herhalten als Sündenbock für einen angeblich „maßlosen“ Naturschutz. In Hessen ist Wirtschaftsminister Dieter Posch – zuständig auch für Verkehr und Landesentwicklung – in dieser Hinsicht bekannt. Jüngst zettelte er unter www.theuropean.de eine Debatte an, „das erste Medium im Netz, das auf anspruchsvollen Journalismus unter dem Dach einer neuen Marke setzt“ – mit dem erklärten Ziel, „gesellschaftliche Debatten anzustoßen und dauerhaft fortzusetzen“.

Anspruchsvoll ist er schon, Minister Posch – allerdings nicht in journalistischer Hinsicht, sondern in Bezug auf seine markigen Sprüche: „Wir leisten uns ein absurdes, ruinöses und maßloses Naturschutzrecht.“ „Mit weniger als 100 Prozent ist unser Naturschutzrecht nicht zufrieden“, es würden keinerlei Abstriche am Wünschenswerten hinsichtlich des Bezahlbaren getätigt. Als vorgebliches Beispiel führt er einen Tunnelbau an der vom BUND beklagten Autobahn A 44 in Nordosthes-

sen an: 50 Mio. Euro für 5 000 Kammolche. Solche Fälle kosteten in Deutschland jedes Jahr Hunderte von Millionen Euro und jahrelange Verzögerungen. Dabei hat sich Poschs eigene Partei, die FDP, erst 2007 und 2008 durch die Bundesregierung bestätigen lassen, dass bei entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen geplanten Verfahren keine Verzögerungen nachzuweisen sind, und dass die Mehrkosten maximal vier Prozent der Bau-summe betragen, inklusive Lärmschutz!

Interessant ist aber die Diskussion, die sich an dem Beitrag mit Leserbriefen entspannt. Mit Fragen wie diesen: Warum wird nicht die Bundesstraße mit Ortsumgehungen ausgebaut, sondern durch naturschutzfachlich höchst sensibles Gebiet eine Autobahn mit Baukosten von 27 560 Euro pro Zentimeter (!) geschlagen? Warum dient der Kammolch als Buhmann – obwohl er stellvertretend für schutzbedürftige Lebensgemeinschaften und nicht zuletzt auch wirtschaftlich relevante Ökosystemleistungen steht und die Naturschutzziele nicht aus der Luft gegriffen, sondern

durch die EU zwingend vorgegeben sind? Denn für Kammolch, Feldhamster und Rotmilan hat Deutschland eine globale Verantwortung.

Fakt ist das Gegenteil des Beklagten: Dass in der Abwägung gerade der Naturschutz immer wieder hinten herunter fällt. Warum sonst weisen viele Indikatoren zum Status der Biodiversität weiter nach unten – siehe Indikatorenbericht 2010 der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung?

Pauschale Vorwürfe helfen nicht. Einmal mehr zeigt die Debatte, dass Naturschutz und Landschaftsplanung einer höchst professionellen Kommunikation bedürfen, damit ihre Argumente in der nötigen Differenziertheit Gehör finden. Und die ist schwierig: Komplexe Zusammenhänge, wie sie Ökosysteme aufweisen, bedürfen der Vermittlung in einfacher, verständlicher Weise.

Das trifft ebenso auf das Zukunftsthema Klimawandel zu. Im ersten Hauptbeitrag dieses Heftes geht es um waldbauliche Anpassungsstrategien an den Klimawandel. Wieder ein Kommunikationsthema: Forstwirte und Natur-



Prof. Dr. Eckhard Jedicke
E-Mail: nul@jedicke.de
www.nul-online.de

schützer zeigen teilweise unterschiedliche Blickwinkel. Windwürfe im Wald werden häufiger auftreten (wie auch Hochwasserereignisse, was die letzten Wochen erneut in Erinnerung riefen) – der zweite Beitrag untersucht die Strukturnutzung von Vögeln auf geworfenen Waldbeständen im Nationalpark Kellerwald. Und schließlich geht es um die Frage, wie der Vollzug der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) effektiviert werden kann – damit wäre vielleicht auch Herrn Posch gedient, der die teuren Planungen und Prüfungen kritisiert.

Ergo: Argumente statt Polemik – wir hoffen, Ihnen mit diesem Ziel wiederum fundierte Lektüre zu bieten! Dazu dient nicht zuletzt die Rubrik „Diskussion“ zum naturschutzfachlichen Monitoring.

Marburg (BVB). Bei Bauprojekten wie Eisenbahnlinien, Gasleitungen oder Autobahnen steht der Bauleitung in der Schweiz ein bodenkundlicher Baubegleiter (BBB) beratend zur Seite. Im Rahmen der Baubewilligung können Behörden seinen Einsatz verlangen. „Diese Praxis sichert beim Schweizer Nachbarn seit acht Jahren, dass der Bodenschutz bei Bauprojekten mit einbezogen wird“, lobte der Bundesverband Boden in seinem News-

Bodenkundliche Baubegleitung

letter. Die Bereitschaft der Planer zur Zusammenarbeit sei groß – und sie lohne sich sogar: „Die Bauherren sind dadurch in der Lage, bodenschonend zu bauen“, erklärte Dr. Roland Bono vom Schweizer Amt für Umweltschutz und Energie im Kanton Basel-Landschaft. Einsprüche gegen das Projekt würden vermieden,

Baugenehmigungen würden rascher erteilt, Ausgleichsforderungen blieben aus.

„Der bodenschützerisch bedingte finanzielle Mehraufwand wird somit durch geringere Aufwendungen an anderer Stelle kompensiert“, berichtete Bono. Wichtig sei dafür allerdings, dass der bodenkundliche Berater bereits in

der Planungsphase mit im Boot ist. Die Einführung der BBB in der Schweiz sei einfach gewesen. „Eine Bauherrin, die eine Gasleitung durch ein dicht besiedeltes Gebiet bauen möchte, weiß, dass sie möglichst wenig Angriffsfläche bieten sollte, um das Projekt termingerecht und im finanziellen Rahmen abzuschließen“, kommentiert Bono. „Wann setzt sich diese Einsicht in Deutschland durch?“, fragte der Bundesverband Bodenschutz.

Bonn (BfN). Die jüngsten Hochwasser an Neiße und Spree zeigen, dass Hochwasserschutzmaßnahmen weiter ein Thema bleiben werden. Wie sich solch teure Maßnahmen so gestalten lassen, dass Mensch und Natur optimal profitieren, zeigt eine gerade veröffentlichte Studie des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Wissenschaftler der TU Berlin konnten nachweisen, dass der Nutzen naturverträglicher Hochwasserschutzmaßnahmen die Kosten um den Faktor 3:1 überwiegt.

Naturverträgliche Hochwasserschutzmaßnahmen in Form von Deichrückverlegungen und Auenrenaturierungen rechnen sich damit auch volkswirtschaftlich: „Was für die Natur gut ist, zahlt sich so auch für die Bevölkerung aus“, kommentierte Prof. Beate Jessel, Präsidentin des BfN das Ergeb-

Naturnaher Hochwasserschutz lohnt auch ökonomisch

nis der Studie, die das Bundesamt in Auftrag gab. Bei traditionellen Kosten-Nutzen-Analysen schnitten Hochwasserschutzmaßnahmen, die auch dem Naturschutz zugutekommen, vergleichsweise schlecht ab, denn die Analysen betrachteten nur die Hochwasser senkende Wirkung. Mit der vorliegenden Studie sei eine Methode erarbeitet worden, die auch die Wirkung der Auen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, als Erholungsraum für die Menschen und als Filter für Schadstoffe und damit zusätzlich den ökonomischen Nutzen von verschiedenen Ökosystemfunktionen quantitativ erfasst. Ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 3:1 bedeute, dass der mo-

netäre Wert des ökologischen und ökonomischen Nutzens der Maßnahmen dreimal so hoch ist wie ihre Kosten.

In Anbetracht des zunehmenden Risikos von Schäden durch Überschwemmungen und des hohen Verlustes aktiver Auen in den vergangenen Jahrzehnten stellt sich immer wieder die Frage, welche Hochwasserschutzmaßnahmen sinnvoll sind. Das Spektrum reicht von technisch geprägten Maßnahmen wie Deichbau und -sanierung bis hin zu Naturschutz fördernden Projekten wie Deichrückverlegungen, der Wiedergewinnung natürlicher Überschwemmungsflächen und einer Revitalisierung von

Auen. Die Studie mache deutlich, dass multifunktional ansetzende Maßnahmen, die neben dem Hochwasserschutz anderen Ökosystemfunktionen mit zugutekommen, auch volkswirtschaftlich gesehen einen höheren Nutzen bringen. „Das Bundesamt für Naturschutz liefert mit der Studie ein Instrument, mit dem in Zukunft bei wasserbaulichen Entscheidungen auch die Ökosystemdienstleistungen quantifiziert berücksichtigt werden können“, sagte Beate Jessel. „Erweiterte Kosten-Nutzen-Analysen können bei Planungen, z.B. im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen, als Entscheidungshilfe für nachhaltige Lösungen dienen und für neue Transparenz sorgen.“ Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie erarbeitete die TU Berlin die Methode und wendete sie für die Elbe an.

Berlin (DBIB). Zwei Jahre nach dem großen Bienensterben in Süddeutschland, bei dem etwa 20 000 Bienenvölker getötet oder schwer geschädigt wurden, werden in der Landwirtschaft beim Raps-, Mais-, Gemüse- und Getreideanbau weiter bienengefährdende Pestizide eingesetzt. Nach Auffassung des Deutschen Berufs- und Erwerbssimkerbundes (DBIB) und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) brachten die 2008 verordneten Maßnahmen zur Begrenzung der Gefährlichkeit von Schädlingsbekämpfungsmitteln für Bienen nicht das gewünschte Ergebnis. Die Verbände haben vor allem das Insektizid Clothianidin der Firma Bayer CropScience im Visier.

Die Firma habe zwar die Wirkung von Clothianidin auf Sommerraps getestet und für unbedenklich erklärt. Die Ergebnisse dieser Tests ließen

Bienensterben geht weiter

sich jedoch nicht auf Winterapps übertragen, da dieser bereit von April bis Juni, Sommerraps hingegen erst im Juli bzw. August blühe. Da Honigbienen den Nektar von Winterapps als Nahrungsreserve und zur Fütterung ihres Nachwuchses nutzen, sei eine Anwendung von Clothianidin insbesondere bei Winterapps mit großen Risiken verbunden, sagte Manfred Hederer, Präsident des DBIB.

Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger forderte den unverzüglichen Widerruf der Zulassungen für bienengefährdende Neonicotinoide. „2010 begehen wir das UNO-Jahr der Biodiversität und in Deutschland werden tausende Bienenvölker durch Agrargifte getötet“, sagte Weiger. „Aber nicht nur die für unsere Nahrungs-

mittelproduktion unverzichtbaren Bienen werden von Pestiziden bedroht. Gefährdet sind auch unzählige andere Insekten, Vögel und Kleintiere.“

Mindestens sieben weitere Neonicotinoide, die Grundchemikalien für viele Schädlingsbekämpfungsmittel seien, schädigten die Artenvielfalt und die Gewässer, so Heribert Wefers, Chemieexperte beim BUND. Außerdem gebe es erstzunehmende Risiken für die menschliche Gesundheit. Neben den von Neonicotinoiden ausgehenden toxischen Gefahren gebe es auch Hinweise auf hormonelle und krebsauslösende Wirkungen.

Imker-Präsident Hederer warnte vor wirtschaftlichen Schäden durch das anhaltende Bienensterben: „Allein zu Be-

ginn diesen Jahres wurden etwa ein Viertel der Bienenvölker in Deutschland vernichtet. Neben den Auswirkungen der industrialisierten Landwirtschaft spielen Pestizide dabei eine unrühmliche Rolle. Es verdichten sich die Hinweise, dass der Einsatz bienengefährdender Neonicotinoide wie Clothianidin zu den Ursachen des Bienensterbens gehört.“

Der Verband der Imker und der BUND forderten eine Verschärfung der Zulassungsprüfungen für Pestizide. Seideren Bienen-Volk-Verträglichkeit nicht nachgewiesen, dürfe auch keine Zulassung erfolgen. Um den Schädlingsbefall zu vermindern, müsse insbesondere beim Maisanbau eine dreigliedrige Fruchtfolge vorgeschrieben werden. Erforderlich sei außerdem eine künftig noch intensivere Förderung des Ökolandbaus, der auf den Einsatz von Pestiziden verzichte.

Fast 20 Jahre nach Verabschiedung der FFH-Richtlinie trafen sich 20 Vertreter(innen) von Verbänden zu einem Workshop über die Managementplanung in den Natura-2000-Gebieten. Unter dem Titel „Beteiligungsmöglichkeiten für Verbände im Rahmen der Natura-2000-Richtlinie“ wurden die Möglichkeiten und Erfahrungen der Verbandsbeteiligung zu Natura 2000 exemplarisch am Beispiel der Länder Hessen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Bayern vorgestellt. Beteiligt waren der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund Deutschland

FFH-Managementplanung:

Mehr Fragen als Antworten

(NABU), WWF, Informationsdienst Umweltrecht (IDUR), Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) und Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN).

Es zeigte sich, dass die Managementplanung für den Erfolg von Natura 2000 als wichtigstes Instrument gegen den Artenschwund essentielle Bedeutung hat. Die in den Bundesländern sehr unterschiedlich konzipierte Umsetzung bei der Sicherung der

Gebiete und der Konzeption der Managementplanung erschwert aber die hilfreiche Beteiligung des ehrenamtlichen Naturschutzes.

Die Beratung verdeutlichte, dass die Problematik der Partizipation ehrenamtlicher Personen im Bereich Natura 2000 zahlreiche Parallelen zu den bisherigen Ergebnissen des Governat-Projektes hat, das die EU-KOM von 2008 bis 2010 gefördert hat. Auch für die im Workshop behandelten

Beteiligungsprozesse gelten die im Rahmen des Projekts herausgearbeiteten wichtigen Empfehlungen: Erwartungen regeln, Prozesse an den institutionellen Zusammenhang anpassen, verschiedene Akteure fair einbinden, Initiativen „von unten“ einbeziehen sowie Nutzen und Kosten bekannt machen und aufteilen.

Die Veranstaltung konnte durch Förderung der Europäischen Union im Rahmen des Governat-Projektes durchgeführt werden. Weitere Informationen zum Governat-Projekt finden sich im Internet unter www.ufz.de/index.php?de=1660.

□ **Bergregionen:** Die Europäische Umweltagentur hat die Bergregionen Europas in ihrer Studie „10 messages for 2010 – Mountain ecosystems“ unter die Lupe genommen. Verglichen mit dem Flachland beherbergen die Gebiete oberhalb der Baumgrenze eine viel größere Zahl an Tier- und Pflanzenarten. Größte Bedrohungen seien die Aufgabe oder die Intensivierung der Landnutzung, der Bau von Infrastruktur, die nicht nachhaltige Nutzung sowie der Klimawandel.

□ **Grundsteuer:** Eine umfassende Reform der Grundsteuer unter ökologischen Aspekten hat der NABU gefordert. Der Bundesfinanzhof hatte geurteilt, dass das Grundvermögen neu bewertet werden müsse – es sei nicht länger hinnehmbar, dass Grundstücke weiterhin auf Basis längst überholter Einheitswerte aus dem vergangenen Jahrhundert besteuert würden. „Bund und Länder müssen nun die Chance nutzen, die Grundsteuer umfassend und auch unter städtebaulich-ökologischen Vorzeichen zu reformieren. Die Grundsteuer sollte künftig 1 bis 2 €/m² Grundstücksfläche zuzüglich bis zu 1 % des Bo-

denwerts betragen“, forderte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

□ **Windkraft:** In seinem neuen Positionspapier zur Windkraft fordert der NABU Hessen einen naturverträglichen Ausbau des regenerativen Energieträgers. „Der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Ausbau erneuerbarer Energien sind gleichrangige Ziele einer nachhaltigen Entwicklung Hessens“, so Landesgeschäftsführer Hartmut Mai. Neben Vorranggebieten für Windkraft müsse es deshalb auch Vorranggebiete für den Erhalt der heimischen Biodiversität geben. In den letzten Jahren seien in Hessen zu viele Windkraftanlagen in hoch sensiblen Bereichen gebaut worden, die den Schutz der biologischen Vielfalt aushöhlten.

□ **Waldschutz:** Die Stiftung Landschaftsschutz in der Schweiz ist beunruhigt über die Pläne des Bundesamts für Umwelt, den Waldschutz zu flexibilisieren und Waldflächenumverteilungen auf der

Basis von Planungen zu erlauben. Damit würde der 125 Jahre alte Waldarealschutz unterlaufen. Die SL äußerte sich in einer Stellungnahme sehr kritisch in Bezug auf diese Absichten, die mit einer Weiterentwicklung des erst sieben Jahre alten Waldprogrammes Schweiz verfolgt würden.

□ **Klimawandel:** Wissenschaftler der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt in Freiburg untersuchten im Hinblick auf den Klimawandel die zukünftige Eignung der wichtigsten Baumarten auf unterschiedlichen Standorten und in verschiedenen Regionen des Landes. Forstminister Köberle stellte erste Forschungsergebnisse in Form von Baumarteneignungskarten für die Baumarten Fichte und Buche für den Südwesten vor. Ökologisch und physikalisch stabile Wälder seien das Ziel. Indes bezweifelte der Landnaturschutzverband, dass sich diese Erkenntnisse und Vorhaben mit der reformierten Forstverwaltung bewältigen

lassen: „Sowohl deren augenblickliche Personalsituation als auch ihre vorwiegend ökonomische Ausrichtung nähren unsere Sorge, dass es um die Zukunft unseres Waldes weniger gut bestellt ist.“

□ **Gras oder Kräuter:** Wirbellose Tiere im Boden haben einen größeren Einfluss auf die Vegetation als bisher gedacht. Ihr Anteil entscheidet beispielsweise darüber, ob sich auf einer Wiese mehr Gräser oder mehr Kräuter ausbreiten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universitäten Jena und Potsdam zusammen mit dem Max-Planck-Institut für Biogeochemie und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ). In einem Feldexperiment wurden Bergwiesen im Frankenwald und Thüringer Schiefergebirge fünf Jahre lang untersucht. Dabei zeigte sich, dass die Aktivität pflanzenfressender Wirbelloser im Boden ein wichtiger Faktor ist, der die Pflanzenvielfalt der Wiesen erhöht. Die Pflanzenfresser im Boden hätten einen viel größeren Einfluss als die Pflanzenfresser über der Grasnarbe, schreiben die Forscher im Fachblatt *Ecology*.

KURZ & BÜNDIG

Bonn (BfN/DNR). Flüsse benötigen mehr Raum: Die Bilder der verheerenden Hochwasser in Sachsen erinnere in erschreckender Weise an das katastrophale Hochwasser im Einzugsgebiet der Elbe vor acht Jahren, erklärte das Bundesamt für Naturschutz (BfN). Wie im August 2002 standen nach sintflutartigen Regenfällen zahlreiche Dörfer, Städte und Landstriche unter Wasser. „Die menschlichen Tragödien und die erheblichen Schäden müssen als deutliche Mahnung verstanden werden, den Flüssen endlich wieder mehr Raum zu geben“, sagte BfN-Präsidentin Prof. Dr. Beate Jessel unter dem Eindruck der Hochwasserereignisse im Dreiländereck.

„Technischer Hochwasserschutz, insbesondere Deichsicherungen auf den bestehenden Trassen, wird auch in Zukunft allein nicht ausreichen, um mögliche Hochwasserkatastrophen abzuwenden. Nur ausgedehnte Flussauen können als natürliche Rückhaltebecken den Abfluss großer Wassermassen stetig verlangsamen und damit das Hoch-

Hochwasser als Mahnung begreifen

wasserrisiko im gesamten Flusslauf verringern“, so die Präsidentin weiter. Das gelte gerade auch für die betroffenen Flüsse Oder und Neiße, an denen durch Deichbau abschnittsweise mehr als 90% der ehemaligen Überflutungsflächen verloren gegangen seien.

Nach Auffassung des Bundesamtes für Naturschutz sollte der Ruf der Länder nach Bundeshilfe auch dazu führen, dass die Potenziale für die Rückgewinnung von Überschwemmungsflächen und für die Renaturierung von Flussauen bundesweit gemeinsam erschlossen werden: Neben die bislang überwiegend technisch ausgerichteten Maßnahmen müssten vermehrt wirksame Maßnahmen eines naturverträglichen Hochwasserschutzes treten. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zunehmenden

Häufigkeit und Intensität von Niederschlägen und Hochwasserereignissen sei die Umsetzung entsprechender in vielen Aktionsplänen bereits verankerten Planungen dringend erforderlich.

Der Ende 2009 vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) vorgelegte bundesweite Auenzustandsbericht zeigt, so das BfN weiter, dass zwei Drittel der ehemaligen Überschwemmungsflächen an den Flüssen in Deutschland vernichtet worden seien (wir berichteten).

„Wo ist das Umweltministerium?“ – das fragte zum selben Thema der 1. Vize-Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hartmut Vogtmann; er forderte Bundesumweltminister Norbert Röttgen auf, Flagge zu zeigen. „Für

den Hochwasserschutz trägt die Bundesregierung federführend die Verantwortung. Deutlicher ist der Widerspruch zwischen großem Anspruch und ernüchternder Wirklichkeit noch nie gewesen“, kritisierte Vogtmann.

Der DNR erinnerte daran, dass es nach dem großen Hochwasser von 2002 in mehreren Bundesländern mit 21 Todesopfern und Schäden von über 10 Milliarden Euro zur Neufassung des Hochwasserschutzgesetzes kam. Nach Angaben von Michael Müller, DNR-Präsidium, hätten damals die Bundesländer ein Schadensereignis „200jähriges Hochwasser“ abgeblockt. Dabei warnten Klimaforscher beständig vor sich häufenden Extremwetterereignissen. Röttgen müsse daher die Überarbeitung der Hochwasserpläne der Bundesländer durchsetzen. Dabei seien zukünftig auch kleinere Flüsse zu berücksichtigen und Bauvorhaben in potenziellen Überschwemmungsgebieten zu verbieten, verlangte der DNR.

Wiesbaden (Destatis). Anhand von 35 Indikatoren zeigt der jetzt zum dritten Mal nach 2006 und 2008 vorgelegte Indikatorenbericht 2010 zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland den aktuellen Stand der Entwicklung. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes (Destatis), Roderich Egeler, überreichte diesen dem Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben, Ronald Pofalla. Bei der Bewertung wird auf plakative Wettersymbole zurückgegriffen, die einer ersten Orientierung hinsichtlich der Erfolge der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie dienen. Die Kennzeichnung verdeutlicht, inwieweit die gesteckten Ziele bei rechnerischer Fortschreibung der bisherigen Entwicklung voraussichtlich erreicht werden oder nicht.

Indikatorenbericht Nachhaltigkeit 2010

Über die Hälfte der Indikatoren entwickelten sich im Hinblick auf eine Zielerreichung günstig, teilte das Bundesamt mit: Von 35 Indikatoren erhielten 14 das Wettersymbol „sonnig“ und fünf weitere das Symbol „leicht bewölkt“. Zehn Indikatoren dagegen zeigen sich „bewölkt“. Sie entwickelten sich zwar ebenfalls noch in die von der Nachhaltigkeitsstrategie gewünschte Richtung, es könnten ihnen im Zieljahr aber noch mehr als 20% des Wegs bis zum Ziel fehlen – wie für die Indikatoren „Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche“, „Stickstoffüberschuss“ und „ökologischer Landbau“.

Für sechs Indikatoren stehen die Zeichen auf „Gewitter“ und damit besonders ungünstig. Ihre Entwicklung hat entweder weitgehend stagniert oder ist negativ.

Dazu zählt der Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“: Seiner Berechnung liegt die Entwicklung der Bestände von 59 Vogelarten zu Grunde, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren. Die Teilindikatoren lagen in 2008 für Agrarland bei 66%, für Siedlungen bei 59% sowie für Küsten und Meere bei 56% des Zielwertes von 2015. Sie entwickelten sich in den letzten

betrachteten zehn Jahren statistisch signifikant fort vom Ziel. Für Binnengewässer (73%) und die Alpen (57%) war kein signifikanter Trend nachweisbar. Allein der Teilindikator für die Wälder zeigte einen signifikant positiven Trend. Mit 81% des Zielwertes war die Situation in den Wäldern zudem vergleichsweise am günstigsten.

Die Darstellungen des Indikatorenberichts mit Grafiken und Texten liefern weiterführende Informationen zu Hintergründen, Zusammenhängen und Ergebnissen von Analysen. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit endet der Berichtszeitraum bei etwa der Hälfte der Indikatoren noch mit dem Jahr 2008. Die Folgen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sind daher erst ansatzweise berücksichtigt (www.destatis.de).

